

Pressemitteilung des Kreisverbandes der Piratenpartei Göttingen

15.03.2017

Göttinger Piraten lehnen „Göttinger Erklärung“ ab

Die Göttinger Piraten lehnen die „Göttinger Erklärung“ und die dort erhobene Forderung des Göttinger Frauenforums nach einem Paritätsgesetz ab. Durch eine Änderung des Wahlgesetzes möchte das Frauenforum erreichen, dass Frauen ihrem Bevölkerungsanteil entsprechend in die Parlamente einziehen – also wesentlich mehr Frauen als derzeit. Die Piraten wiederholen ihre bereits in den vergangenen Jahren wiederholt geäußerte Kritik an einem derartigen Ansinnen:

»Eine gesetzliche 50 %-Quote für Frauen in Parlamenten würde einen schwerwiegenden Eingriff in das passive und aktive Wahlrecht bedeuten. Solange der Anteil der Kandidatinnen niedriger ist als der Frauenanteil in der Bevölkerung, würde ein Gesetz wie es die „Göttinger Erklärung“ fordert, politisch engagierte Männer systematisch benachteiligen«, so Dana Rotter, Göttinger Direktkandidatin der Piratenpartei für den Bundestag. »De facto ist dies eine Einschränkung des passiven Wahlrechts für Männer einzig aufgrund ihres Geschlechts und damit unserer Einschätzung nach verfassungswidrig.«

Erfahrungen in Parteien, die seit langem mit „harten“ Quoten arbeiten, haben gezeigt, dass der Anteil der kandidierenden Frauen nur marginal steigt: So haben die Grünen seit ihrer Gründung 1979 strikte 50 %-Quotenregelungen, aber nur 38 % ihrer Mitglieder sind Frauen. Hinzu kommen nach Ansicht der Piraten organisatorische Probleme, weil es insbesondere in kleineren Kommunen oft schlicht nicht ausreichend viele Kandidatinnen gebe.

Nicht in allen politischen Strukturen sind Frauen jedoch unterrepräsentiert. So liegt der Anteil von Frauen, die sich in Bürgerinitiativen engagieren, deutlich höher als der in gewählten Volksvertretungen.

Der nach wie vor niedrige Frauenanteil gerade in Kommunalparlamenten ist auch nach Auffassung der Piraten ein Ärgernis. Die Piraten unterstützen daher Programme wie „Politik braucht Frauen“ [1], das niedersächsische Mentoring-Programm zur politischen Nachwuchsförderung von Frauen. Ein wichtiges Hindernis für Frauen, sich in Parteien zu engagieren, sehen die Piraten in der typischen Doppelbelastung aus Beruf und Familie, aus der bei einem zusätzlichen (meist ehrenamtlichen) politischen Mandat schnell eine Dreifachbelastung würde.

»Beide Geschlechter aus solchen verkrusteten Verhältnissen zu befreien und für politisches Engagement zu begeistern, sind zentrale Anliegen der Piratenpartei. Eingriffe in das Wahlrecht zugunsten lediglich eines Geschlechts hingegen lehnen wir strikt ab – zumal ein solches Gesetz kaum zusätzlich Frauen in die Politik bringen würde«, so Niels-Arne Münch von den Piraten Göttingen.

Als besonders ärgerlich empfinden die Göttinger Piraten wiederholte Versuche, die Frage der Repräsentanz von Frauen in Parlamenten als ein Problem der Gleichberechtigung auszugeben. So äußerte etwa die Gleichstellungsbeauftragte und Leitern des Frauenbüros in Göttingen, Christine Müller, sie hoffe, mit der "Göttinger Erklärung" »einen Schub in die Gleichberechtigungsdebatte zu bringen«.

Demgegenüber betont Rotter: »Die "gleichberechtigte politische Teilhabe von Frauen" wie sie das Frauenforum fordert, ist längst realisiert. Der geringe Frauenanteil in Parlamenten ist ein soziales Problem und kein rechtliches. Gleichstellung hat mit Gleichberechtigung nichts zu tun. Die Art, wie diese Debatte von Seiten der Befürworter eines Paritätsgesetzes geführt wird, unterstellt, die Gegner des Gesetzes wären gegen die Gleichberechtigung von Frauen. Das ist völlig falsch.«

[1] <http://www.politik-braucht-frauen.de/>

Piratenpartei Deutschland Kreisverband Göttingen

- Der Vorstand -
i. A., Lisa Balkenhol, Daniel Isberner, Niels-Arne Münch, Dana Rotter, Dr. Francisco Welter-Schultes

vorstand@piratenpartei-goettingen.de - www.piratenpartei-goettingen.de

